

KAPSCHACK DIREKT

NEWSLETTER IHRES BUNDESTAGSABGEORDNETEN
RALF KAPSCHACK



Inhalt

- Bundeshaushalt 2018 S. 2
- Sozialer Arbeitsmarkt S. 3
- 70 Jahre Israel S. 4
- Ideen für die Rente S. 5
- Tafeln im Wahlkreis S. 6
- Gutes Wohnen S. 7
- Kein Geld für die NPD S. 8
- Unterwegs S. 9

Ausgabe 37 (04/2018)



Guten Tag,

es ist schon schwer erträglich, was sich einige Herrschaften der AfD bei ihren Auftritten im Bundestag leisten. Die Diffamierung von Minderheiten und der Appell an die niedrigsten Instinkte sind da an der Tagesordnung. Alice Weidel war zuletzt ein eindrucksvolles Beispiel, als sie über Kopftuchmädchen, Messermänner und andere Taugenichtse schwadronierte. Dafür gab's vom Bundestagspräsidenten einen Ordnungsruf – mit Recht !

In einer namentlichen Abstimmung zelebrierte die AfD am Tag danach ihre Märtyrerrolle – geschmäht von den „Altparteien“ als einzige wahre Stimme des Volkes im Parlament – so möchte

diese Truppe gern wahrgenommen werden.

Inhaltlich hat sie nichts zu bieten. Beim Thema Rente etwa streitet man sich parteiintern wie die Kesselflicker – Konzept? Fehlanzeige.

Deshalb ist gerade für die SPD wichtig, inhaltlich klare Kante zu zeigen. Es gilt konkrete Verbesserungen zu realisieren für viele Menschen in unserem Land. Bezahlbarer Wohnraum, Kita-Plätze, ordentlich ausgestattete Schulen, anständige Löhne, eine Rente, die reicht und ein sozialer Arbeitsmarkt für Menschen, die lange arbeitslos sind. Das sind ein paar zentrale Punkte, die jetzt umgesetzt werden müssen. Trotz der schwarzen Null bietet der Haushalt 2018 dazu gute Ideen und Konzepte.

Ihr



Bundeshaushalt 2018

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat seinen ersten Haushaltsplan vorgelegt. Darin werden, bei einem ausgeglichenen Haushalt, viele Investitionen ermöglicht.

Auch wenn's für viele Sozialdemokraten nicht leicht war, das Primat der „schwarzen Null“ unter Scholz' Vorgänger und die Forderung nach einem ausgeglichenen Haushalt im Koalitionsvertrag zu akzeptieren: In Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen ist es schwierig, neue Staatsschulden zu rechtfertigen, wenn man gleichzeitig nicht den Mut hat, die Steuern für hohe Vermögen und Spitzenverdiener zu erhöhen. Die wirtschaftliche Situation kann sich allerdings ändern. Dann sieht vieles anders aus.

Immerhin: Die Investitionen steigen auf 37 Milliarden und damit um 9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Haushalt schafft die Voraussetzungen dafür, dass wir wichtige Projekte des Koalitionsvertrages wie beispielweise den sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose sofort angehen können.

Und auch in der mittelfristigen Finanzplanung werden die richtigen Prioritäten gesetzt:

Mehr Geld für Familien, Bildung, Soziales und Infrastruktur.



Bundesfinanzminister Olaf Scholz von der SPD.
Bild/Freisteller: Dominik Butzmann

Wir wollen diese Linie auch bei den zusätzlichen finanziellen Spielräumen fortsetzen, die sich nach der aktuellen Steuerschätzung ergeben haben. Hier hat Olaf Scholz einen richtigen Vorschlag gemacht: Von den zusätzlichen Steuermehreinnahmen sollen 2,4 Milliarden schon 2018 in den Digitalfonds fließen. Damit soll früher als geplant vor allem in die Digitalisierung unserer Schulen und den Breitbandausbau investiert werden.

Mehr zum Bundeshaushalt 2018 gibt es [hier](#).

Bundeshaushalt 2018 und Finanzplan bis 2021

Wesentliche Kennziffern des Eckwertebeschlusses, in Mrd. Euro

	Soll 2017	Entwurf 2018	Finanzplan		
			2019	2020	2021
Ausgaben	329,1	337,5	348,2	349,4	356,8
Veränderung ggü. Vorjahr in Prozent	+3,8	+2,6	+3,2	+0,3	+2,1
Einnahmen	329,1	337,5	348,2	349,4	356,8
davon: Steuereinnahmen	301,0	308,8	321,8	327,1	341,6
Nettokreditaufnahme	-	-	-	-	-

Differenzen durch Rundungen möglich

Stand: Juni 2017
© Bundesministerium der Finanzen



SOZIALER ARBEITSMARKT – NOTWENDIGER DENN JE

Die Wirtschaft boomt, die Steuereinnahmen sprudeln, die Arbeitsmarktzahlen brechen einen Rekord nach dem anderen. Trotz alledem gibt es eine große Gruppe von Menschen, die kaum von der guten Wirtschaftslage profitieren: Langzeitarbeitslose. Als langzeitarbeitslos gilt, wer mindestens ein Jahr lang arbeitslos gemeldet ist. Seit vielen Jahren haben wir eine Sockelarbeitslosigkeit von rund einer Million Menschen. Die Gründe, warum Menschen auch in Zeiten guter Wirtschaftslage keine Anstellung finden, sind individuell unterschiedlich. Bei manchen liegt es an fehlender Ausbildung, bei anderen spielen Gesundheit oder familiäre Gründe eine Rolle. Das bedeutet aber, dass wir individuelle Lösungen für diese Menschen schaffen müssen. Es geht um gesellschaftliche Teilhabe. Denn für die meisten Frauen und Männer bedeutet „beschäftigt sein“ mehr als der Lohnzettel am Ende des Monats. Arbeit vermittelt – neben finanziellen Möglichkeiten – das Gefühl, nützlich zu sein, gebraucht zu werden.

Deshalb wollen die meisten sogenannten Langzeitarbeitslosen gern eine Beschäftigung aufnehmen. Schon in der vergangenen Legislaturperiode habe ich gemeinsam mit anderen Abgeordneten ein Papier vorgelegt, das die flächendeckende Einführung eines Sozialen – also öffentlich geförderten – Arbeitsmarktes fordert. Daher begrüße ich es ausdrücklich, dass diese Forderung auch den Weg in den Koalitionsvertrag gefunden hat. Bundesweit sollen 150.000 Stellen geschaffen werden. Dafür werden vier Milliarden Euro bereitgestellt.

Hinter dem Schlagwort „Sozialer Arbeitsmarkt“ steht der Gedanke, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Also Geld, das sowieso aufgewendet werden muss wie Kosten der Unterkunft,

ALG II-Zahlungen zu nutzen, um Beschäftigung zu finanzieren. Mit dem Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ haben wir vor vier Jahren einen ersten wichtigen Schritt durchgesetzt. Dieses Programm wird jetzt zu einem Regelinstrument im Sozialgesetzbuch II.



Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil von der SPD.
Bild/Freisteller: Susie Knoll

Also: Weg von der Befristung solcher Programme auf meistens zwei Jahre, hin zu einer dauerhaften Möglichkeit der Jobcenter, vor Ort je nach Bedarf zu entscheiden.

Beim o.g. Bundesprogramm waren die „Zusätzlichkeit“ und die „Wettbewerbsneutralität“ zentrale Vorgaben. Das bedeutet, dass geförderte Beschäftigungsverhältnisse eine „zusätzliche“ Leistung erbringen mussten, die Arbeitgebern darüber hinaus keinen Wettbewerbsvorteil geben sollte. Der Grundgedanke war an dieser Stelle, dass keine vorhandenen, sozialversicherungspflichtigen Jobs durch geförderte ersetzt werden sollten. Das ist absolut wichtig. Aber in der bisherigen Anwendung haben diese Vorgaben in der Praxis zu abenteuerlichen Konstruktionen geführt und das Programm für viele Arbeitgeber nicht attraktiv gemacht.

Auf der nächsten Seite geht es weiter ...



... Fortsetzung von Seite 3

Ein weiterer Punkt sind die entstehenden Kosten. Wir müssen darauf achten, dass die Finanzierung langfristig angelegt ist und auch ausreicht. Eine hohe Quote an Langzeitarbeitslosen ist in Regionen zu finden, denen es wirtschaftlich nicht besonders gut geht. Gerade klammen Trägern, Städten und Kommunen, muss es ermöglicht werden, Förderung zu erhalten. Dies ist besonders für das Ruhrgebiet von hoher Bedeutung.

Für die Vorbereitung des Sozialen Arbeitsmarktes gibt es eine Unterarbeitsgruppe im Bereich Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion. Dort arbeite ich mit. Wir diskutieren mit Wissenschaftlern, der Bundesagentur für Arbeit, dem Ministerium, Trägern, Gewerkschaften und

möglichen Arbeitgebern, welche Lehren sich aus den vielen Programmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren ziehen lassen. Noch vor der Sommerpause soll der Referentenentwurf des Arbeitsministeriums stehen, den wir dann kritisch prüfen werden.

Nach dem derzeitigen Stand der Dinge würden auf den EN-Kreis ca. 650 Stellen entfallen. Das sind 650 Nachbarn, Freunde, Bekannte, Familienmitglieder, denen dieser Staat wieder eine Perspektive gibt. Gleichzeitig gibt es genug Arbeit, gerade in unseren Kommunen.

Mit einem Sozialen Arbeitsmarkt würden wir also zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und sowohl für die Gesellschaft, als auch für viele seit Jahren arbeitslose Menschen etwas Gutes tun.

70 Jahre Israel

Vor 70 Jahren, am 14. Mai 1948, wurde der Staat Israel gegründet. Nur wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung zugleich Staatsgründung und die Hoffnung, einen Zufluchtsort zu schaffen – eine Heimat für viele Menschen, die das Grauen des Holocaust in Europa überlebt hatten.

Der Bundestag hat am 22. April 2018 in einer Debatte die guten Beziehungen zwischen Israel und Deutschland gewürdigt – dem hebräischen Kalender nach jährte sich der Unabhängigkeitstag bereits im April. Dazu wurde ein Antrag beschlossen, der auch in Zukunft die deutsch-israelische Freundschaft weiter festigen soll und die besondere historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Israels betont. Die Bundesregierung wird in dem Antrag aufgefordert, sich weiter für eine Lösung des Nahostkonflikts auf Basis einer Zweistaatenlösung einzusetzen ([Drs. 19/1823](#)). Hier wird deutlich, dass

gerade gute Freunde ehrlich miteinander umgehen können und müssen. Deutschlands Geschichte verpflichtet uns zu einem Einstehen für alle unterdrückten Minderheiten und zum Einsatz für Frieden. Beides ist gerade auch mit Blick auf den Nahen Osten nötig.

Bei aller berechtigten Sorge um die eigene Sicherheit, gerade im Augenblick zeigt sich, dass Israel wenig unternimmt, um die explosive Lage zu beruhigen. Der Umzug der US-amerikanischen Botschaft nach Jerusalem ist für mich in dieser Situation auch ein völlig falsches Zeichen.

Gleichzeitig bleibt auch in Deutschland reichlich zu tun, wie nicht nur der Angriff auf einen Kippa tragenden Juden kürzlich in Berlin deutlich macht. Antisemitismus hat in unserer Gesellschaft keinen Platz – genauso wenig wie Rassismus und Sexismus. Es gilt immer noch und immer mehr, Vorurteile zu überwinden und in einem respektvollen Miteinander zu leben.



Ideen für die Rente

Die Rente ist sicher! Oder doch nicht?! Damit dem so ist, müssen die Weichen für die Zukunft richtig gestellt werden. Wir haben im Koalitionsvertrag daher nicht nur wichtige rentenpolitische Vorhaben, wie die Einführung einer Grundrente und die doppelte Haltelinie (das Rentenniveau darf bis 2025 nicht unter 48 Prozent sinken und der Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigen), beschlossen, sondern auch die Einsetzung einer Rentenkommission. Sie soll „sich mit den Herausforderungen der nachhaltigen Sicherung und Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung und der beiden weiteren Rentensäulen ab dem Jahr 2025 befassen [...]“. Sie soll eine Empfehlung für einen verlässlichen Generationenvertrag vorlegen. Dabei streben wir eine doppelte Haltelinie an, die Beiträge und Niveau langfristig absichert. Die Rentenkommission soll ihren Bericht bis März 2020 vorlegen.“

Der Rentenkommission gehören Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik, den Sozialpartnern und Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an. Für die SPD nehmen Gabriele Lösekrug-Möller, ehemalige Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium und Katja Mast, MdB, stellvertretende Fraktionsvorsitzende an der Kommission teil. Gabriele Lösekrug-Möller wird sie zusammen mit Karl Schiewerling von der CDU leiten. Die Mitglieder wurden am 3. Mai der

Öffentlichkeit vorgestellt und ernannt. Anfang Juni beginnt die Kommission mit ihrer Arbeit.



Gabriele Lösekrug-Möller und Katja Mast.

Die Einsetzung dieser Kommission finde ich besonders wichtig, da sie Fragen für die Zeit nach 2025, wenn die Babyboomer-Generation in Rente geht – und sich das Verhältnis von Erwerbstätigen und Rentnerinnen und Rentnern weiter verschiebt – beantwortet. Denn unsere gesetzliche Rente basiert auf dem Umlagesystem: Die Beschäftigten zahlen die Renten von heute, genauso wie die zukünftigen Generationen einmal die Renten der heutigen Erwerbstätigen zahlen werden. Ich bin gespannt, wie mutig die Kommission neue Ideen – Erwerbstätigenversicherung, etc. – diskutieren wird – oder ob sie sich von den Horrorszenarien der jüngsten Vergangenheit beeindruckt lässt.

Weitere Informationen zu der Rentenkommission gibt es [hier](#).



Zu Besuch bei Tafeln im Wahlkreis

In vielen deutschen Tafeln arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Limit. Der Zuzug Hunderttausender Geflüchteter im Jahr 2015 führte zu einer zusätzlichen Herausforderung. In den letzten Wochen war ich bei den Lebensmittelausgaben in meinem Wahlkreis unterwegs. Ich wollte mir ein Bild machen, wie die Situation vor Ort ist und wo der Schuh drückt.



Von links nach rechts: Samira Roel und Roswitha Gurski (Ehrenamtliche), Menal Köroglu und Jürgen Sotzek (Vorstand) packen bei der Tafel in Hattingen an.

Die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist bemerkenswert. Mit viel Herzblut gehen sie ans Werk, stehen oft früh auf, sammeln Lebensmittelpenden ein, packen Gemüse, Obst, Kartoffeln, Milch und anderes in Kisten – meist nicht für Geld, sondern für die gute Sache. Dafür möchte ich den Helferinnen und Helfern auch an dieser Stelle noch einmal herzlich danken! Nicht wenigen Menschen in meinem Wahlkreis erleichtern sie ein wenig den Alltag durch ihr Engagement. Das habe ich bei allen meinen Gesprächen – sowohl mit Helfern als auch mit Betroffenen – in Hattingen, Herdecke, Wetter und Witten festgestellt: Der Bedarf an sehr günstigen Lebensmitteln ist groß. Der Zuzug vieler Geflüchteter hat die Nachfrage natürlich nicht

verringert. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist aber, trotz aller Herausforderungen, in allen vier Einrichtungen zu stemmen, noch jedenfalls.



Der Verein Brotkorb in Wetter hat ein ähnliches Anliegen wie die Tafel. Vorsitzende Inge Holland (m.) zeigt SPD-Ratsfrau Brigitte Wölke und mir, welche Lebensmittel beim Verein für bedürftigen Menschen erhältlich sind.

Einerseits ist es gut, dass Lebensmittel, die sonst im Müll landen würden, noch verzehrt werden. Andererseits darf es nicht sein, dass Menschen auf das Angebot der Tafeln und anderer Lebensmittelausgaben angewiesen sind, um über die Runden zu kommen. Darum müssen und werden wir als SPD auch weiter hartnäckig bleiben beim Thema Armut. Wichtig wird es sein, Arbeitslosen mehr und bessere Qualifizierungsangebote zu machen und auch Langzeitarbeitslosen neue Perspektiven aufzuzeigen. Der von der SPD durchgeboxte „Soziale Arbeitsmarkt“ mit 150 000 Stellen ist ein Anfang (Siehe Seite 3). Ebenfalls wichtig: die Grundrente. Wer lange gearbeitet hat, darf nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sein. Er oder sie soll künftig eine Grundrente erhalten, die zehn Prozent über der örtlichen Grundsicherung liegt. Das ist ein wichtiger Beitrag gegen Altersarmut.



Gutes und bezahlbares Wohnen

Guter und bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware – auch an Ennepe und Ruhr. Im Jahr 2012 gab es bei uns im Ennepe-Ruhr-Kreis noch 9700 Sozialwohnungen. Mittlerweile sind bei vielen Hundert die Sozialbindungen ausgelaufen, Hunderte Mieterinnen und Mieter mit einem kleinen Einkommen hätten eigentlich Anspruch auf eine Sozialwohnung, finden aber keine, weil es nicht genügend gibt.

Eben weil diese Probleme vielen Bürgern Sorgen bereiten, hatte ich mit meinem Kollegen René Röspel einen Diskussionsabend zum Thema „Gutes und bezahlbares Wohnen“ veranstaltet. Ins Ardey Hotel nach Witten kamen rund 50 Gäste. Als Referenten standen der Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten, und der Wohnungspolitik-Experte der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Groß, Rede und Antwort.

Zu Wort meldete sich unter anderem eine Mieterin aus Witten-Heven, die wie andere von Mieterhöhungen von Vonovia betroffen sind. Die Mieterin fragte nach dem Sinn von Modernisierungen wie dreifach verglasten Fenstern oder einem größeren Balkon, was alles die Miete in die Höhe treibe. Die Mieter in dem Quartier haben Angst, aus ihren Wohnungen vertrieben zu werden.

Angesichts solcher Probleme waren sich die Teilnehmer der Diskussion einig:

Die Wohnungssituation muss sich für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen spürbar verbessern.



Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten, und der Wohnungspolitik-Experte der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Groß, und Fraktionskollege René Röspel aus Hagen (v.l.n.r.) zu Gast in Witten bei einer Fraktion vor Ort Veranstaltung zum Thema Wohnen.

Lukas Siebenkotten vom Mieterbund stellte fest, dass deutschlandweit etwa eine Million Wohnungen fehlen, sehr viele davon im bezahlbaren Bereich. Die von der SPD durchgesetzte Ausweitung der Förderung von Sozialwohnungen unterstütze der Mietervertreter. Hier ist jetzt Minister Horst Seehofer gefragt, Taten folgen zu lassen.

Auf der nächsten Seite geht es weiter ...

Wohnungen in Witten

Im Streit um die Mieterhöhungen in Witten-Heven vermittele ich derzeit zwischen den Mieterinnen und Mietern sowie Vonovia. Gemeinsam mit der Mieterseite konnte ich erreichen, dass die Erhöhungen nicht so hoch wie ursprünglich geplant ausfallen. Das bleibt für viele eine große Belastung, ist aber ein kleiner Erfolg. Wichtig ist, Druck auf große Wohnungsunternehmen wie LEG und Vonovia aufzubauen, um die Interessen der Mieterinnen und Mieter stärker in den Fokus zu rücken.



... Fortsetzung von Seite 7

Michael Groß unterstrich, was im Koalitionsvertrag für die Mieterinnen und Mieter durch die SPD erreicht werden konnte.

Darunter die verstärkte Gewinnung von Bauland und die Kappung der Modernisierungumlage bei künftig acht Prozent – auch wenn sich der Marler Bundestagsabgeordnete noch deutlich weitreichendere Entlastungen gewünscht hätte. Da spielten aber CDU und CSU nicht mit. Bislang können Vermieter bei Modernisierungen bis zu elf Prozent auf die Mieterinnen und Mieter umlegen.

Gerade in Zeiten renditeorientierter Wohnungsriesen wie Vonovia bin ich dafür, kommunale

Wohnungsbaugesellschaften möglichst stark zu fördern. Sie könnten am besten bezahlbaren Wohnraum schaffen. Denn der Markt regelt nicht

MASSNAHMEN IM KOALITIONSVERTRAG:

- Zwei Milliarden Euro zusätzlich für sozialen Wohnungsbau
- Senkung der Modernisierungumlage von 11 auf 8 Prozent
- Die monatliche Miete darf künftig nach einer Modernisierung nicht um mehr als 3 Euro pro Quadratmeter innerhalb von 6 Jahren erhöht werden
- Verstärkte Gewinnung von Bauland für Wohnungsbau
- Stärkere Mietpreisbremse: Vermieter müssen über Vormiete Auskunft geben

Kein Geld für die NPD

In seiner Entscheidung vom 17. Januar 2017 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die NPD „die freiheitliche demokratische Grundordnung missachtet und verfassungsfeindliche Ziele verfolgt“. Für ein Verbot sah das Gericht die Partei allerdings zu unbedeutend an. Immerhin wurde in dem Urteil die Möglichkeit eröffnet, verfassungsfeindliche Parteien von der staatlichen Finanzierung auszuschließen. Die Voraussetzungen dafür wurden durch eine Grundgesetzänderung noch vor der Bundestagswahl geschaffen. SPD, CDU/CSU und FDP im Bundestag haben jetzt gemeinsam einen Antrag an das Bundesverfassungsgericht beschlossen, die NPD für sechs Jahre von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen ([Drs. 19/1824](#)). Mit diesem Schritt soll verhindert

werden, dass verfassungsfeindliche Aktivitäten der NPD weiterhin aus Steuermitteln finanziert werden. Der Bundestag schließt sich damit den gleichlautenden Anträgen von Bundesrat und Bundesregierung an.



Auch die Wittener SPD stellt sich gegen den Aufmarsch von Faschisten aus ganz Europa am 14. April in Dortmund!



Unterwegs



Beim Marktbesuch in Sprockhövel hat sich nicht nur dieser Mann sehr über die roten Sonnenblumensamen gefreut, die ich verteilt habe.



Unterwegs in Sachen Rente beim Rentenbündnis der Katholischen Verbände. Sie schlagen eine Kombination von steuerfinanzierter Grundrente, gesetzlicher Rente und zusätzlicher privater oder betrieblicher Altersversorgung vor.



Mit der Warnung "Es ist 5 nach 12 in der Pflege!" hat die AWO Ennepe Ruhr die heimischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten an einen Tisch geholt.



Die Jugendlichen vom Jugendforum "Phönix" machen tolle Arbeit für andere junge Leute – zum Beispiel Basteln, Videos drehen oder Ausflüge. Klasse, wenn sich Jugendliche so engagieren!



Bei den traditionellen Kundgebungen zum 1. Mai in Witten und Hattingen.





Beim Neumitgliederempfang in Hattingen habe ich neue Genossinnen und Genossen kennen gelernt.



Julia aus Wetter (r.) und Janina aus Sprockhövel waren auf Einladung meines Kollegen René Röspel und mir zum Girls' Day in Berlin.



Zu Besuch im Jobcenter in Gelsenkirchen. Mit meinem Kollegen Markus Töns (r.) und Heike Gebhard, MdL habe ich mich über Langzeitarbeitslosigkeit in der Ruhrgebietsstadt informiert



Das Startup "Quickdoc" der Studenten Nina Krahl, Lukas Liß und Max Schüler vermittelt freigeordnete Arzttermine über eine Internetseite an Patienten. Tolle Idee!



Pauline und Carlotta aus Wetter haben ein Praktikum bei der Bundestagsverwaltung gemacht und mich in meinem Büro besucht.



Beim Seniorentreff „Kick“ in Hattingen ging es um die Frage, wer zahlt die Kosten, wenn Eltern oder Partner ins Pflegeheim kommen.



KAPSCHACK DIREKT

KONTAKT BERLIN

PLATZ DER REPUBLIK 1

11011 BERLIN

TELEFON:

030-22775601

KONTAKT WAHLKREIS

ANNENSTR. 8

58453 WITTEN

TELEFON:

02302-2779444

BAHNHOFSTR. 24

45525 HATTINGEN

TELEFON :

02324-501690

E-MAIL:

RALF.KAPSCHACK@BUNDESTAG.DE

ONLINE:

WWW.RALF-KAPSCHACK.DE

FACEBOOK.COM/ESGEHTUMGERECHTIGKEIT

Bürgersprechstunde

am 22. Mai 2018

um 16.00 – 18.00 Uhr

in Witten

und

am 23. Mai 2018

um 16.00 – 18.00 Uhr

in Hattingen

